

Antrag

der Abgeordneten Ulrich Kelber, Rolf Hempelmann, Dirk Becker, Dr. Matthias Miersch, Ingrid Arndt-Brauer, Doris Barnett, Sören Bartol, Gerd Bollmann, Marco Bülow, Edelgard Bulmahn, Martin Burkert, Petra Ernstberger, Michael Gerdes, Iris Gleicke, Michael Groß, Hubertus Heil (Peine), Petra Hinz (Essen), Oliver Kaczmarek, Dr. Bärbel Kofler, Ute Kumpf, Thomas Oppermann, Holger Ortel, Heinz Paula, Gerold Reichenbach, Frank Schwabe, Dr. Martin Schwanholz, Wolfgang Tiefensee, Ute Vogt, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland und Europa sicherstellen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen der Beratungen auf europäischer Ebene dafür einzutreten, dass die Umstellung des Energiesektors auf Basis der erneuerbaren Energien auch und gerade innerhalb Deutschlands gewährleistet wird, dazu die Funktionsfähigkeit von Systemen mit nationalen Einspeisetarifen und Einspeisevorrang für erneuerbare Energien erhalten bleibt und damit den Belangen einer nachhaltigen und subsidiären Entwicklung Rechnung getragen wird.

Berlin, den 25. Januar 2011

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

Begründung

Mit den einzelnen Maßnahmen zur Förderung der erneuerbaren Energien ist eine erfolgreiche Erneuerung des Energiesektors in Deutschland eingeleitet worden.

Im Strombereich steht das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im Zentrum. Durch die Förderung entsprechender Erzeugung wird nicht nur eine klima- und umweltverträgliche Stromerzeugung geschaffen. Mit dem EEG werden zudem Beschäftigungseffekte in lokaler Wertschöpfung erreicht, erwirbt die heimische Industrie auf allen Ebenen der Produktion technologische Kompetenz und Marktanteile in wachsenden Branchen sowie Exportmöglichkeiten in die Märkte in und außerhalb Europas. 340 000 Jobs sind so in Deutschland entstanden, bei Fortsetzung der 1998 begonnenen Politik könnten es bis 2020 mehr als 500 000 Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien werden.

Das EEG ist eben auch ein Instrument der Standortförderung in Deutschland. Es schafft eine hohe Wertschöpfung in strukturschwachen Regionen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll daher auch weiterhin an allen Standorten in Deutschland gefördert werden, die ausreichende Bedingungen aufweisen, um eine lohnende Ausbeute sicherzustellen. Dies schafft eine größtmögliche Importunabhängigkeit.

Gerade wenn man wachsende Strommengen aus erneuerbaren Energien in den Markt überführen will, muss man das EEG mit seinem Einspeisevorrang und den degressiv ausgestalteten Tarifen auf Sicht erhalten. Schließlich geht es um die sorgfältige Ausgestaltung eines Prozesses, der über entsprechende Anreize, Instrumente und Maßnahmen den Marktübergang erst ermöglicht.

Insgesamt ist das EEG als Instrument der Umweltpolitik inzwischen zu einem bedeutenden Faktor in der Wirtschaftspolitik geworden. Dieser mehrdimensionale Erfolg des EEG hat dazu geführt, dass die Regelung weltweit imitiert und adaptiert wird. Andere Systeme, wie sie etwa in Großbritannien praktiziert werden, haben sich als weniger zielführend und deutlich kostenintensiver erwiesen.

Seit der Bundestagswahl 2009 ist der Erfolg des Instruments auf verschiedenen Ebenen bedroht:

- Mit den verlängerten Laufzeiten der Atomkraft ergeben sich absehbare Friktionen zwischen den Bedingungen klassischer Grundlastherstellung und den Anforderungen an moderne Stromerzeugung.
- Mit dem „Energiekonzept“ der Bundesregierung wird zwar nominell das EEG und dessen Funktionsbedingungen bekräftigt. Durch eine Reihe von Prüfaufträgen und Absichtserklärungen ergibt sich jedoch die Gefahr, dass essentielle Faktoren wie etwa der Einspeisevorrang für erneuerbare Energien faktisch ausgehöhlt werden und damit deren Ausbau real abgebremst oder gar nachhaltig gestört wird.
- Mit dem niedersächsischen Umweltminister Hans-Heinrich Sander hat sich erstmals ein nennenswerter Mandatsträger aus den Reihen der im Bund koalierenden Parteien offen für eine Beendigung des EEG ausgesprochen.
- Die Vorstandsvorsitzenden bedeutender Energieunternehmen in Deutschland wie RWE Vertrieb AG, E.ON Vertrieb Deutschland AG und Vattenfall Europe AG haben sich in jüngster Zeit dafür ausgesprochen, die Maßnahmen im Klimaschutz zu straffen und im Kern auf den europäischen Emissionshandel zu reduzieren oder die Erzeugung dort zu konzentrieren, wo die topografisch oder meteorologisch besten Bedingungen herrschen.
- In diesem Sinne sind auch Vorschläge des EU-Kommissars Günther Oettinger (CDU) angelegt, wonach die Fördersysteme in der EU untereinander harmonisiert werden sollen. Im Ergebnis würde die Erzeugung auf Basis erneuerbarer Energien letztlich an die Orte verlagert, die besonders hohe Werte bei Sonneneinstrahlung, Windhöufigkeit oder Biomasseerzeugung bieten, ohne dass – wegen hoher Netzkosten und weiterer Monopolisierung – die Endkundenpreise sinken würden. Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Rainer Brüderle, hat sich inzwischen in ähnlicher Weise geäußert. Auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat die Vorschläge von EU-Kommissar Günther Oettinger begrüßt.

Diese Entwicklung und politischen Diskussionen bedrohen die Erneuerung des Energiesektors. Insbesondere die erneuerbaren Energien können nur dann wesentlich dazu beitragen, wenn der Einspeisevorrang nominell und faktisch erhalten bleibt, wenn bei der Hebung der Kostensenkungspotentiale von kurzfristigen und damit kurzfristigen Effekten abgesehen wird und wenn mögliche Investoren nicht durch ständige Debatten über veränderte Rahmenbedingungen verun-

sichert werden. In der Folge steigen durch Risikoaufschläge die Kosten für den Umbau des Energiesektors.

Mit dem europäischen Sondergipfel zur Energiepolitik am 4. Februar 2011 ergibt sich die Gelegenheit, solchen Tendenzen und den damit verbundenen Befürchtungen offensiv entgegen zu treten. Auch innerhalb der schwarz-gelben Bundesregierung sind die Vorschläge des deutschen EU-Kommissars Günther Oettinger umstritten. Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Norbert Röttgen, hat sich dazu im WDR wie folgt geäußert: „Das wäre eine Kampfansage an die deutsche Energiepolitik [...] Wenn es so käme, dass mit dem Geld der Deutschen in Süditalien und Spanien Märkte entwickelt werden und wir dabei bleiben, unsere Energie zu importieren, dann würde die gesamte Transformation unsinnig, und sie würde auch die Akzeptanz in Deutschland verlieren. Eine EU-weite Harmonisierung wäre auch das Aus für das deutsche Energiekonzept. Das könnten wir in die Papiertonne werfen.“

